



Renate Hürtgen

# **Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben**

Eine Studie über Herrschaft und Alltag  
in der DDR-Provinz

Renate Hürtgen, Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben

**V&R**

Renate Hürtgen, Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben

# Analysen und Dokumente

Band 36

Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die  
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik (BStU)

Vandenhoeck & Ruprecht

Renate Hürtgen, Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben

Renate Hürtgen

# Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben

Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der  
DDR-Provinz

Vandenhoeck & Ruprecht

Renate Hürtgen, Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben

Umschlagabbildung:  
Halberstadt, Breiter Weg mit Blick auf Martinikirche, 1970,  
Photo-Studio-Mahlke, Halberstadt.

Mit einem Diagramm und 4 Tabellen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind  
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-525-35078-2

ISBN 978-3-647-35078-3 (E-Book)

© 2014, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen/  
Vandenhoeck & Ruprecht LLC, Bristol, CT, U.S.A.  
[www.v-r.de](http://www.v-r.de)

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen  
schriftlichen Einwilligung des Verlages. Printed in Germany.

Druck und Bindung: ☉ Hubert & Co, Göttingen

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Inhalt

Danksagung .....	7
Einleitung.....	9
1 Der Kreis Halberstadt.....	23
1.1 Begegnungen 2009 .....	23
1.2 Von der Domstadt zur Ruinenstadt .....	24
1.3 Der Kreis Halberstadt und sein Zentrum .....	30
1.4 Wohnen im Kreis Halberstadt .....	36
1.5 Halberstädter Lebenswelten .....	39
2 Das Leben mit der Grenze .....	47
2.1 Der Landkreis Halberstadt bis zum Mauerbau 1961 .....	47
2.2 Nach dem Mauerbau: Kein »Schlupfloch« mehr in den Westen.....	55
3 Antragstellungen auf Ausreise im Kreis Halberstadt.....	61
3.1 Antragstellungen in den 1970er und 1980er Jahren .....	61
3.2 Wer hat im Kreis Halberstadt einen Antrag auf Ausreise gestellt? .....	72
4 Warum stellten Bürger aus dem Kreis Halberstadt einen Antrag auf Ausreise?.....	81
4.1 »Keiner fragt da mehr, wo man herkommt« .....	83
4.2 »Ich geh hier nicht raus, bevor ich nicht fahren kann!«.....	87
4.3 »Ich will meine Art zu leben« .....	90
4.4 »Wieso zerreißt man hier Familien?« .....	93
4.5 »Jetzt war der richtige Zeitpunkt, um noch mal neu anzufangen« .....	96
4.6 Der »kleinste gemeinsame Nenner«.....	103
5 Von der Antragstellung bis zur Ausreise.....	105
5.1 Die Lebenswelten der Antragsteller: Familie, Ehe, Partnerschaft .....	105
5.2 Die Kinder der Halberstädter Antragsteller .....	113

5.3	Das Leben nach der Antragstellung: Im »Netzwerk« aufgefangen oder allein? .....	123
5.4	Mythos Westen? .....	130
5.5	Das Bild vom Westen .....	138
5.6	Im Westen angekommen .....	141
6	Der Charakter der »hartnäckigen« Antragsteller: Immer radikaler und politischer .....	155
6.1	»... wird hier in Gruppe gehandelt«? Von der Vereinzelung zum Zusammenschluss .....	161
6.2	Antragsteller im Kreis Halberstadt und ihr Verhältnis zu Kirche und Opposition .....	173
7	Herrschaft im Kreis Halberstadt .....	195
7.1	Die »gesellschaftliche Front« zur Zurückdrängung der Antragsteller .....	198
7.2	Die inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit im Kreis Halberstadt .....	222
7.3	Die Rolle der Staatssicherheit in Halberstadt: Rückgewinnen, Verfolgen, »Zersetzen«, Verhaften .....	242
7.4	Von der operativen Personenkontrolle zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens .....	253
8	Das Ende der alten Herrschaft – das Ende der Antragstellungen auf Ausreise aus der DDR .....	287
8.1	Die Situation der Antragsteller 1989 .....	287
8.2	Die staatlichen Sicherheitsorgane im letzten Jahr ihrer Existenz .....	296
8.3	Die demokratische Revolution im Herbst 1989 im Kreis Halberstadt .....	309
	Abkürzungen .....	323
	Literaturverzeichnis .....	327
	Angaben zur Autorin .....	339

## Danksagung

Mein Dank gilt den vielen Halberstädtern und Halberstädterinnen, die mir in zahlreichen Gesprächen und oft stundenlangen Interviews ihre Geschichte erzählten und sich dabei nicht scheuten, auch sehr Persönliches zu berichten. Ohne ihre Offenheit hätte dieses Buch über die Antragsteller auf Ausreise im Kreis Halberstadt so nicht geschrieben werden können.

Ich bedanke mich bei Katja Böhme, die Zuarbeiten geleistet hat, welche weit über ihre Funktion als studentische Hilfskraft hinausgingen. Am wichtigsten aber waren für mich die gemeinsamen Fahrten nach Halberstadt und die vielen Gespräche, in denen die Erkenntnisse langsam reiften. Das Buch habe ich wohl allein geschrieben, doch ohne die Zusammenarbeit mit Katja Böhme wäre es nicht so geworden, wie es nun vorliegt. Wundern Sie sich also nicht, wenn ich im Buch auf das »wir« zurückgreife. Es soll auf die Kollektivität der Forschungsarbeit verweisen, eine Form des wissenschaftlichen Arbeitens, die sich bisher immer noch als die produktivere erwiesen hat.



Renate Hürtgen, Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben

## Einleitung

Das Leben in der DDR war ein Leben mit der Grenze. Für die Mehrheit der DDR-Bevölkerung schloss sie sich nach dem 13. August 1961 fast vollständig. Damit war für viele Menschen die Trennung von Familienangehörigen, Freunden oder Arbeitskollegen, die im Westen lebten, verbunden. Wer sich mit dem Zustand, eingeschlossen zu sein, nicht abfinden wollte und die Flucht in den Westen wagte, hatte mit harten Repressionen, sogar mit dem Tod zu rechnen.<sup>1</sup> Folgenreich war die geschlossene Grenze aber auch für die Herrschaftspraxis von Partei und Regierung, die nun in einem weit höheren Maße als zuvor ihre Vorstellungen darüber, wie »ihre Menschen« zu denken und zu handeln hatten, durchzusetzen vermochten.

Eine Vielzahl von Verboten, die in keiner Verordnung festgelegt waren, bestimmte das Leben in der DDR. Zu ihnen gehörte sprichwörtlich »alles, was nicht ausdrücklich erlaubt war«. Das strikte Verbot, irgendeine Form der Öffentlichkeit zu wählen, so sie nicht von der Partei oder einer sogenannten Massenorganisation organisiert wurde, war ein solches ungeschriebenes Gesetz. Desgleichen strikt untersagt war es in der DDR, sich außerhalb der offiziellen Institutionen kollektiv zusammenzuschließen, selbst dann, wenn so ein quasi zivilgesellschaftliches Treffen keinen »staatsfeindlichen« Inhalt hatte. Auf Streiks, spontane Belegschaftsversammlungen und andere »Gruppenbildungen« reagierte die Staatsmacht mit besonderer Härte. Wurde eine schriftliche Beschwerde nicht individuell, sondern von mehreren Personen verfasst, stand die »Kollektiveingabe«, wie sie genannt wurde, umgehend unter besonderer Kontrolle der Staatssicherheit. Die größte Sorge bereitete der Geheimpolizei nicht die Tatsache, dass in ihr massive Kritik an der Politik von Partei und Regierung formuliert wurde, sondern dass deren Inhalt öffentlich werden könnte sowie die Tatsache, dass sich Menschen unkontrollierbar zu einer gemeinsamen Handlung zusammengefunden hatten.

Die Mehrheit der DDR-Bürger hatte sich – spätestens nach der Niederschlagung des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 – darauf eingestellt, dass die Staatsmacht auf solche Kollektivaktionen repressiv reagierte. Sie setzte ihre Interessen zunehmend individuell und privat durch. Hinzu kam, dass es seit

1 Vgl. Hertle; Nooke: Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961–1989. Ergebnisse eines Forschungsprojektes. In: DA 43(2010)4, S. 672–681; Nooke: Erfolgreiche und gescheiterte Fluchten. In: Apelt (Hg.): Flucht, Ausreise, Freikauf, S. 15–30, sowie Podiumsdiskussion mit Dr. Maria Nooke, Dr. Hans-Hermann Hertle und Alesch Mühlbauer; ebenda, S. 31–45.

1961 kein »Schlupfloch« mehr gab, um vor möglichen Repressalien in den Westen zu flüchten. Zudem wurde das Leben auch ohne Streiks und andere Formen des offenen Ungehorsams freundlicher und bunter; die Nachkriegszeit war auch in der DDR vorbei. Man richtete sich im Land der diversen Grenzbeziehungen ein, akzeptierte sie missmutig und nur wenige versuchten, die inneren und äußeren Grenzen der »geschlossenen Gesellschaft« zu durchbrechen.<sup>2</sup>

Dieses Buch handelt von den Antragstellern auf Ausreise aus dem DDR-Kreis Halberstadt, von Menschen, die ab Mitte der 1970er Jahre – nach über zehn Jahren besonders fest verriegelter Grenzen – an die zuständige Behörde des Rates des Kreises einen Antrag stellten, ins westliche Ausland übersiedeln zu dürfen.<sup>3</sup> Derartige Übersiedlungsgenehmigungen waren schon seit über zehn Jahren im Rahmen von »Familienzusammenführungen« sowie an Rentner und Invaliden erteilt worden.<sup>4</sup> Zunehmend stellten jedoch Menschen einen solchen Antrag, ohne einer dieser Gruppen anzugehören. Die Einbindung der DDR in internationale Vertragswerke, namentlich die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte in Helsinki 1975, brachten eine veränderte innen- wie außenpolitische Lage und auch Genehmigungspraxis der DDR-Regierung mit sich. Sie ließ die Antragsteller – wie wir sie im Folgenden nennen werden – auf einen positiven Bescheid hoffen.<sup>5</sup>

Für eine solche ständige Ausreise in das westliche Ausland gab es keine gesetzliche Grundlage. Interne Anweisungen des Ministeriums des Innern der DDR regelten für die Behörden den Umgang mit den Antragstellern. Die Antragstellungen von Personen, die nicht zur Gruppe der Rentner und Invaliden gehörten oder unter die Rubrik »Familienzusammenführung« fielen, verblieben bis 1988 im rechtsfreien Raum. Die Mitarbeiter der Abteilung Innere Angelegenheiten beim Rat des Kreises wiesen in Abständen namentlich die »hartnäckigen Antragsteller« darauf hin, dass ihr Begehren »rechtswidrig« sei.<sup>6</sup>

2 Lindenberger: SED-Herrschaft als soziale Praxis, Herrschaft und »Eigen-Sinn«. Problemstellung und Begriffe. In: Gieseke (Hg.): Staatssicherheit und Gesellschaft, S. 23–47; Ders.: Diktatur der Grenze(n). In: Hertle; Jarausch; Kleßmann (Hg.): Mauerbau und Mauerfall, S. 203–213.

3 Vgl. Eisenfeld: Gründe und Motive von Flüchtlingen und Ausreiseartragstellern aus der DDR. In: DA 37(2004)1, S. 89–105.

4 Vgl. Kapitel 3 in diesem Band.

5 Vgl. Kapitel 4 in diesem Band, sowie Eisenfeld: Reaktionen der DDR-Staatssicherheit auf Korb III des KSZE-Prozesses. In: DA 38(2005)6, S. 1000–1008; Hanisch: Die DDR im KSZE-Prozess 1972–1985.

6 Im September des Jahres 1983 gestattete die »Verordnung zur Regelung von Fragen der Familienzusammenführung« für eine bestimmte Personengruppe eine Antragstellung auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft. Diese Gruppe schloss Rentner, Invaliden und Menschen ein, die Verwandte ersten Grades im Westen nachweisen konnten, alle anderen Antragstellungen verblieben im rechtsfreien Raum. Vgl. auch Eisenfeld: Flucht und Ausreise – Erkenntnisse und Erfahrungen. In: Vollnhals; Weber (Hg.): Der Schein der Normalität, S. 341–372, sowie Ders.: Gründe und Motive von Flüchtlingen und Ausreiseartragstellern aus der DDR. In: DA 37(2004)1, S. 89–105, hier 90; Eisenfeld verweist auf die Verordnung über Reisen von Bürgern nach dem Ausland und zur Gewährung des

Die meisten Antragsteller, auch die aus dem Kreis Halberstadt, ignorierten solche Belehrungen und setzten ihre eigene Auffassung von der Rechtmäßigkeit ihres Tuns dagegen. Das war und ist auch noch aus heutiger Sicht ein bemerkenswerter und wohl einmaliger Vorgang in der Geschichte der DDR. Zwar wurden diese Menschen damit mehrheitlich nicht zu politischen Widerständlern oder gar Oppositionellen, doch indem sie hartnäckig das Regelwerk der Partei und des Staates infrage stellten, trugen sie zweifellos zu deren Destabilisierung bei. Bedenkt man, dass sich in derselben Zeit die überwiegende Mehrheit der DDR-Bevölkerung in den vorgefundenen Bedingungen »missmutig« eingerichtet hatte, wächst die politische und lebensweltliche Bedeutung der Antragsteller. Sie gehörten zu der kleinen Gruppe von DDR-Bürgern, die Widerspruch und Konfliktverhalten jenen praktisch vorlebten, die derartige Verhaltensweisen als »unklug« und »unrealistisch« für sich abgelehnt hatten, die lieber Ruhe wollten und sich häufig sogar von solchen »Störenfriedern« abwandten.

Seit den 1990er Jahren ist eine reichhaltige Literatur über die »Antragsteller auf ständige Ausreise« respektive Übersiedler entstanden, deren Gesamtzahl inzwischen auf über 3,8 Millionen geschätzt wird.<sup>7</sup> Im Zentrum des Interesses stehen dabei der repressive Umgang der Staatssicherheit mit ihnen, Fragen nach ihren Motiven sowie nach ihrer Integration in das bundesrepublikanische Gemeinwesen. Eine, die Diskussion der letzten 24 Jahre beherrschende Frage ist die nach der Bedeutung der Antragsteller für den Niedergang des Regimes. Haben sie mit ihrem Ausreisebegehren das Regime gestärkt oder geschwächt, waren es Oppositionelle oder Verräter an der Sache der Opposition?<sup>8</sup> Die etwas befremdliche Fragestellung erschließt sich erst auf den zweiten Blick: Hinter ihr verbirgt sich der Streit darüber, ob die sehr kleine DDR-Opposition der eigentliche und entscheidende Impulsgeber für eine revolutionäre Veränderung gewesen war oder ob sie sich die Rolle mit den Antragstellern und der im Sommer 1989 eskalierenden Ausreisebewegung zu teilen hat.

Leider wird diese, zwischenzeitlich auch sehr emotionale Auseinandersetzung, nicht zuvörderst darum geführt, den historischen Platz der verschiedenen Akteure zu bestimmen, zu denen neben den Antragstellern und der Opposition noch die Kirche, die Demonstranten, die zahlreichen, eher unbekannteren Akteure in den Betrieben und viele andere gehörten. Sie verbleibt meist in der

ständigen Wohnsitzes, 30.11.1988; GBl. Teil I, Nr. 25, S. 271 ff., in der erstmalig eine Ausreise von DDR-Bürgern gesetzlich geregelt wurde. Die Verordnung trat im Januar 1989 in Kraft. Siehe auch Kapitel 3 und Kapitel 7 in diesem Band.

<sup>7</sup> Einen aktuellen Überblick bei Effner; Heidemeyer: Die Flucht in Zahlen. In: Dies. (Hg.): Flucht im geteilten Deutschland, S. 27–31. In dem hier behandelten Zeitraum zwischen 1975 und 1989 registrieren die Autoren über 700 000 Antragsteller, die über die Notaufnahmelager in den Westen kamen. Ebenda, S. 28.

<sup>8</sup> Vgl. Schwabe; Eckert (Hg.): Von Deutschland Ost nach Deutschland West.

gegenseitigen Zuweisung von Defiziten, mit dem Ziel, die eigene Bedeutung höher gewichten zu können.<sup>9</sup> Aus der Sicht einer tatkräftigen Opposition, die mit der Beseitigung der herrschenden Strukturen beschäftigt war, musste jeder, der sich nicht dort einreihete, sondern das Land verließ, eine große Enttäuschung sein. Allerdings gab es weder eine sichtbare Opposition in der DDR, noch dezimierten die Ausreisenden dieses Milieu, denn sie gehörten in der übergroßen Mehrheit nicht zu ihm. Die meisten Antragsteller hatten ihren Widerspruch in der DDR überhaupt nicht öffentlich gemacht, sie hatten ihre Stimme nicht erhoben, also konnte ihr Weggang auch nicht zu einem Verlust für diejenigen führen, die ihre Kritik hatten laut werden lassen.<sup>10</sup>

Es gibt noch einen weiteren Grund, warum solche Darstellungen über die Antragsteller derart stark auf einen Vergleich des Beitrags von Opposition und Antragstellern zum Gelingen der 1989er Revolution fokussiert sind. Im Mittelpunkt dieser Literatur stehen nämlich jene »Ausreisewilligen«, die schon in den 1970er Jahren ihr Begehren öffentlich gemacht hatten und sich bald in Gruppen zusammenfanden. Damit rückt sie ihr couragiertes Verhalten in widersprüchlicher Weise als Vergleichsobjekt in die Nähe der Opposition. Sie haben in den großen Städten und in den industriellen Zentren wie Jena häufig in den gleichen kirchlichen Räumen wie die oppositionellen Gruppen agiert, die sich anderen Themen zugewandt hatten. Gemessen an der in den 1980er Jahren wachsenden Zahl von Antragstellern bildeten die derart Aktiven unter den Antragstellern jedoch eine Minderheit; ihre Verbindungen zur Opposition und zur Kirche stellten eine Ausnahme dar.

Unser Forschungsinteresse richtete sich dagegen auf die Mehrheit der Antragsteller. Wir wollten herausfinden, welche Motive den »Durchschnittsantragsteller« bewegten, das Land zu verlassen, wie sich seine Situation nach der Antragstellung veränderte, wie Staat und Staatssicherheit reagierten und mit welchen Erwartungen an den Westen er »rübergehen« wollte. Die mikrohistorischen Forschungen im Kreis Halberstadt boten für diesen Zweck eine geeignete Grundlage. Sie ermöglichten, fast die Gesamtheit aller zwischen 1975 und 1989 aus dieser Region gestellten Anträge, die in den Akten des Rates des

9 An verschiedenen Stellen des Buches wird diese Auseinandersetzung wieder aufgegriffen. Vgl. Kapitel 6.2 u. Kapitel 8 in diesem Band.

10 Das von dem Ökonomen Albert O. Hirschman vorgeschlagene Modell von »Exit« und »Voice«, das nach 1989 zur Erklärung der Rolle der in den Westen ausgereisten oder geflüchteten Bürger herangezogen wurde, ist so nicht auf die DDR zu übertragen. Es verbleibt in dem Schema »Abwanderung als Gegenspieler von Widerstand«, das ungeeignet erscheint, die Rolle und den Charakter der Antragsteller zu begreifen. Vgl. Hirschmann: Abwanderung, Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Essay zur konzeptionellen Geschichte. In: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaften 20(1992)3, S. 330–358. Vgl. die Kritik an Hirschman bei Offe: Hauptwerke der Soziologie, S. 197–201, sowie bei Gehrman: Die Überwindung des »Eisernen Vorhangs«. Die Abwanderung aus der DDR in die BRD und nach West-Berlin als innerdeutsches Migranten-Netzwerk. Berlin 2009.

Kreises Halberstadt und der Kreisdienststelle des MfS registriert worden waren, zu erfassen.<sup>11</sup> Damit verschob sich nicht nur das Bild vom Antragsteller, das uns medial vermittelt wird; auch die Frage nach den Motiven, die bisher ausschließlich den bereits übergesiedelten DDR-Bürgern gestellt worden war, ergab neue Antworten.

Dadurch, dass in dieser Studie die Situation der Antragsteller im gesellschaftlichen Kontext der Kleinstadt und des Dorfes beschrieben wird, konnte ihr Ausreisebegehren aus der jeweiligen lebensgeschichtlichen Entwicklung begriffen und die Logik von Herrschaft und Unterdrückung in ihrer ganz konkreten Gestalt nachgezeichnet werden. Dieser Perspektivenwechsel hat bisherige Ergebnisse der Forschung bestätigen, aber auch relativieren und ergänzen können. Der Blick auf den Herrschaftsalltag in der DDR ist mit der Arbeit zu den Halberstädter Antragstellern facettenreicher geworden.<sup>12</sup>

Der am nördlichen Rand des Harzes, im damaligen Bezirk Magdeburg liegende Kreis repräsentierte hinsichtlich seiner Größe von 665 km<sup>2</sup>, seiner Einwohnerzahl von über 90 000 Menschen und seiner sozialen Zusammensetzung einen durchschnittlichen DDR-Kreis. Seine Besonderheiten waren ein etwas stärker ausgeprägter Landwirtschaftssektor, folglich eine geringere Beschäftigtenzahl in der Industrie als etwa im Süden der DDR. Eine weitere Besonderheit war die 47,3 km lange Westgrenze. Sowohl die spezifische sozialstrukturelle Situation im Kreis Halberstadt als auch die nahe Grenze sollten Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Gruppe der Antragsteller haben.<sup>13</sup>

Im Rahmen der Regionalstudie interessierten darüber hinaus die Geschichte, das Gewordensein der Strukturen und des sozialen Zusammenlebens der Einwohner. Wie war die Atmosphäre entstanden, in der seit 1975 auch in Halberstadt immer mehr Menschen einen Antrag auf Ausreise stellten, obwohl dies die Gesetze der DDR nicht vorsahen? Und wie erklärt sich das eher dis-

11 Die Bestände der KD des MfS und der BKG des MfS Bezirk Magdeburg im BStU-Archiv der Außenstelle Magdeburg konnten eingesehen werden. Hier wurden auch die Personenakten der Antragsteller und über 40 sogenannte IM-Akten zur Verfügung gestellt. Des Weiteren wurden die Akten der Abt. Innere Angelegenheiten und des Rates des Kreises sowie des Vorsitzenden des Rates des Kreises Halberstadt im Archiv des RdK, im Stadtarchiv sowie im LHASA Magdeburg die Bestände Rep. M 24 der BDVP sowie Rep. M 1 eingesehen. Darüber hinaus wurden mit 22 ehemaligen Halberstädter Antragstellern und 10 weiteren Zeitzeugen Interviews geführt. Zu den Quellen siehe auch Kapitel 3 in diesem Band.

12 Das Projekt ist Bestandteil des Forschungsvorhabens »Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz«, das in der Forschungsabteilung der Stasi-Unterlagen-Behörde (BStU) entwickelt wurde. Der Kreis Halberstadt wurde dort ausgewählt, weil er sozialstatistisch repräsentativ für die DDR-Provinz ist und die besondere, mit dem Grenzregime verbundene Sperrzonenproblematik sowie eine gute Quellenlage aufweist. Vgl. Engelmann: Eine Regionalstudie. In: Gieseke (Hg.): Staatssicherheit und Gesellschaft, S. 167–186. Ich bedanke mich bei Roger Engelmann für seine gründliche Korrekturarbeit am Text.

13 Die Entwicklung des Kreises Halberstadt, seine soziale, kulturelle und industrielle Struktur wird ausführlich im Kapitel 1 dieses Bandes dargestellt.

tanzierte Verhalten vieler Halberstädter gegenüber ihren Antrag stellenden Mitbürgern, das wir noch 2010 auf unseren Reisen nach Halberstadt spürten?

Der historischen Entwicklung des Kreises, namentlich nach 1945, ist aus gutem Grund ein größerer Platz eingeräumt worden; nicht zuletzt, um das Halberstädter Lebensgefühl der 1970er und 1980er Jahre und damit das der Antragsteller, aber auch deren Verhältnis zu ihrem unmittelbaren Umfeld, den Freunden, Nachbarn, Kollegen, besser begreifen zu können. Neben vielen DDR-typischen Problemen war die Bevölkerung dieser Vorharzregion mit einigen spezifischen Bedingungen konfrontiert. Ohnehin gestaltete sich das Leben in der Provinz deutlich anders als zum Beispiel in Berlin oder Leipzig. Die im April 1945 völlig zerstörte und nicht wieder aufgebaute Altstadt wurde für viele Halberstädter zu einem sie besonders bedrückenden Zeichen des Verfalls.<sup>14</sup> Der Mangel an Wohnraum lag im Kreis bis in die 1980er Jahre hinein über dem DDR-Durchschnitt. Neben dem Wohnungsproblem dominierten auch in Halberstadt die typischen Schwierigkeiten eines DDR-Landkreises: Eine schlechte Versorgung mit zahlreichen Gütern und kleinen handwerklichen Dienstleistungen, die jährlich anfallenden »Ernteschlachten« und ein stets störanfälliger Berufsverkehr bestimmten den Alltag. Trotz des permanenten Mangels wurde das Leben jedoch auch im Kreis Halberstadt allmählich bunter, neue Konsum- und Freizeitangebote weckten Bedürfnisse, die längst nicht befriedigt werden konnten. Für einige Halberstädter führte dieses Spannungsverhältnis zwischen Anspruch und Realität zu ihrem Entschluss, einen Ausreiseantrag zu stellen. (1. Kapitel)

Die Entwicklungen an der Halberstädter Westgrenze, mit allen Folgen für die Bewohner nicht nur der sogenannten Sperrzone, gehören ebenfalls zum »Basiswissen« über eine Gesellschaft, deren Alltag in besonderer Weise von dieser Grenze bestimmt war. Zudem zeigten sich enge Zusammenhänge von Fluchten und Übersiedlungen aus den 1950er und 1960er Jahren mit den Antragstellungen aus den 1970er und 1980er Jahren. Die vor dem Mauerbau Übersiedelten übernahmen eine Vorbildfunktion, fungierten als Kontaktpersonen oder wurden von den Antragstellern als Anlaufadressen nach der Übersiedlung bei den Behörden angegeben. (2. Kapitel)

Das darauffolgende Kapitel gibt einen Überblick über die Anzahl der Antragstellungen im Kreis zwischen 1975 und 1989. Auf der Grundlage einer breiten Quellenbasis konnte darüber hinaus ermittelt werden, aus welchen sozialen Schichten, aus welchen Berufen, Altersgruppen und Orten des Kreises die Halberstädter Antragsteller kamen. Die Datenlage ermöglichte es, Aussa-

14 1945 wurden 1 850 Häuser beim Bombenangriff zerstört, 1 800 weitere Häuser gingen »bei den Kommunisten« verloren. Vgl. Interview mit Herrn Hartmann, 11.8.2009.

gen über ihre Bildung und Qualifikation, ihren Familienstand und die Anzahl der Kinder zu machen und so den »typischen Halberstädter Antragsteller« zu bestimmen. (3. Kapitel)

Im Anschluss an diese Befunde gingen wir der Frage nach, welche Motive die Antragsteller hatten und ob sich ihre Gründe für das Verlassen der DDR in Motivgruppen oder vergleichbare Lebenssituationen einordnen lassen. Wir haben dabei nicht nur auf die offiziellen Begründungen, die in den Anträgen formuliert wurden, zurückgegriffen, auch nicht auf die unmittelbaren Anlässe, die häufig der Auslöser für eine Antragstellung waren, sondern sind der Biografie jedes Antragstellers nachgegangen, um aus ihr zu rekonstruieren, wie es zu diesem Schritt gekommen sein könnte. Die dann vorgenommene Unterscheidung von fünf lebensweltlichen Begründungszusammenhängen erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit; Forschungen in anderen Gegenden oder Milieus können sie ergänzen.<sup>15</sup> Jedoch bereits das auf diese Weise entstandene Spektrum an Biografien, Lebenswelten und Motivlagen ergab ein aufschlussreiches Bild der Halberstädter Gesellschaft. (4. Kapitel)

Im dann folgenden Kapitel wenden wir uns der Situation in den »Antragsgemeinschaften«<sup>16</sup> zu. Uns interessierte, wie sich das alltägliche Leben in den Familien nach der Antragstellung, aber auch wie sich die Beziehungen zu Freunden und Kollegen gestalteten. Wir wollten wissen, welches Selbstverständnis die Akteure mit Blick auf ihr Tun hatten und wie die Kinder der »Antragsgemeinschaft« mit der Situation zurechtkamen. In einem letzten Abschnitt dieses Kapitels wird der Frage nachgegangen, welche Rolle der Westen für die Antragsteller spielte und welche Erwartungen die Halberstädter Antragsteller an ein Leben im Westen hatten. (5. Kapitel)

Eine besondere Veränderung erlebten während der oft jahrelangen Wartezeiten die sogenannten hartnäckigen Antragsteller; sie wurden immer radikaler und politischer in ihrem Auftreten. Aber nur sehr wenige traten aus der Vereinzelung heraus. Diese schlossen sich zusammen, stützten sich gegenseitig und nutzten am Ende der 1980er Jahre – dies war einmalig im Kreis Halberstadt – sogar den halböffentlichen Raum der Kirche für ihr Anliegen. Wir räumen dieser Gruppe trotz ihrer Marginalität einen besonderen Platz im Buch ein, denn gerade am untypischen Beispiel des Verhaltens einer Minderheit lässt sich ein scharfes Bild von der Halberstädter Gesellschaft zeichnen. Am Schluss des Kapitels wird das vieldiskutierte Verhältnis zwischen Antragstellern, Oppo-

15 Wir haben den Gruppen Zitate aus Interviews vorangestellt oder aus Gesprächen, die in MfS-Akten zitiert wurden.: »Keiner fragt da mehr, wo man herkommt«; »Ich geh hier nicht raus, bevor ich nicht fahren kann!«; »Ich will meine Art zu leben«; »Wieso zerreißt man hier Familien?«; »Jetzt war der richtige Zeitpunkt, um noch mal neu anzufangen«.

16 Als »Antragsgemeinschaft« bezeichnet Gehrman die Personen, die zusammen einen Antrag gestellt hatten. Wir übernehmen im Buch diesen Begriff. Vgl. Gehrman: Die Überwindung des »Eisernen Vorhangs«, S. 416–422.



sition und Kirche behandelt, welches im Kreis Halberstadt erheblich von der Situation in den Städten und Zentren der Opposition in der DDR abwich. (6. Kapitel)

Im vorletzten Kapitel des Buches wird die Rolle der für Anträge auf ständige Ausreise zuständigen Abteilung Innere Angelegenheiten beim Rat des Kreises und der Kreisdienststelle des MfS dargestellt. Bevor die besonders repressiven »Maßnahmen« der Staatssicherheit gegen einen wenn auch nur kleinen Teil der Halberstädter Antragsteller geschildert werden, wenden wir uns der »gesellschaftlichen Front« zu, den Betriebs- und Schulleitern, den kleinen Funktionären und »Genossen«, die auf durchaus unterschiedliche Weise ihrem Auftrag der »Rückgewinnung« und Disziplinierung von Antragstellern nachkamen. Die mikrohistorische Herangehensweise ermöglichte es, die inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit (IM), die im Kreis Halberstadt im Rahmen der Kontrolle und Verfolgung von Antragstellern eingesetzt worden waren, aus der Anonymität zu holen und sozial zuzuordnen. Anhand der detailliert beschriebenen Verfolgungspraktiken, »Zersetzungen« und Verhaftungen von Halberstädter Antragstellern ließen sich die Akteure der Macht und die Funktionsweise der Machtstrukturen im konkreten Raum darstellen. (7. Kapitel)

Das Buch schließt mit dem Jahr 1989, in dem mit dem Ende der SED-Herrschaft auch das Kapitel der »rechtswidrigen Antragstellungen« durch Bürger der DDR nicht nur im Kreis Halberstadt endete. Wir schildern die widersprüchliche Stimmung unter den Antragstellern, die sich zwischen Hoffen auf eine Genehmigung und Bangen angesichts einer unberechenbaren Regierungspolitik bewegte. Auch jetzt traten nur wenige Halberstädter mit deutlichen Zeichen des Widerstandes in die Öffentlichkeit; die Zahl der über Botschaften flüchtenden Halberstädter war dagegen höher als im Magdeburger Bezirksdurchschnitt. Für die zuständigen Mitarbeiter der Abteilung Inneres in der Kreisdienststelle des MfS und für die zahlreichen inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit brach im Herbst 1989 das Machtgefüge zusammen, die Führung gab keine Anweisungen, die autoritäre Herrschaft funktionierte nicht mehr. In unserem kurzen Ausblick auf die revolutionären Ereignisse im Herbst 1989 in Halberstadt kommen die Antragsteller nicht mehr vor, neue Akteure hatten die Bühne betreten. (8. Kapitel)

Anders als in zahlreichen soziologischen Studien und Arbeiten der historischen Migrationsforschung standen in diesem Projekt nicht die bereits in den Westen Übergesiedelten im Zentrum des Interesses.<sup>17</sup> Die Frage der Integration in das bundesdeutsche Gesellschaftssystem, welche Probleme dabei auftraten, wie erfolgreich oder weniger erfolgreich der Prozess verlief, wird in diesem Buch nur cursorisch behandelt. Zweifelsohne sind im Rahmen einer Gesamt-

17 Vgl. z. B. Ronge: Die soziale Integration von DDR-Übersiedlern in der Bundesrepublik Deutschland. In: APuZ v. 5.1.1990, S. 39–47.

betrachtung der deutsch-deutschen Migration die Befindlichkeiten und die weiteren Lebensverläufe der Auswanderer, auch die Bedingungen, die sie im »Zielland« vorfanden, zu analysieren. Wie war die Lage auf dem Arbeitsmarkt in dem Jahr, in dem Familie Großmann nach Braunschweig ausreiste? Was für eine gesellschaftliche, namentlich politische Atmosphäre empfing sie?<sup>18</sup> Doch erst der Rückgriff auf die Biografien der Ausgereisten, auf ihr Leben im »Herkunftsland«, lassen uns die unterschiedlichen Integrationsvorgänge verstehen. Sicher kann von einigen Präferenzen und Verhaltensmustern der Übersiedler auf deren DDR-spezifische Sozialisationsmuster rückgeschlossen werden. Doch ohne eine differenzierte Analyse der Situation der Antragsteller in der DDR, ihrer sozialen, kulturellen und politischen Erfahrungen, wird diese spezifisch deutsch-deutsche Wanderungsbewegung nicht tatsächlich umfassend dargestellt werden können. Dieses Forschungsdefizit hilft das vorliegende Buch zu schließen.

Mit unserer Methode, die Lage im »Herkunftsland« in den Mittelpunkt der Untersuchungen zu stellen und das Phänomen der Antragstellung auf Ausreise aus den Lebenswelten der Betroffenen selbst heraus zu begreifen, sind wir auf überraschende Befunde gestoßen.<sup>19</sup> Auf einige interessante Ergebnisse wollen wir den Leser vorab aufmerksam machen.

Die erste Abweichung von anderen Forschungsergebnissen, die sich vorrangig mit jenen Antragstellern beschäftigen, die in Städten wohnten, ist den industriellen und sozialen Bedingungen im Kreis Halberstadt geschuldet. Hier dominierten, wie bereits erwähnt, ländliche Strukturen; die einzige größere Stadt war die Kreisstadt mit über 40 000 Einwohnern. Eine relevante Industrie gab es vor 1945 nicht, und auch danach bestimmten landwirtschaftliche und Dienstleistungsbetriebe das Bild. So erklärt sich, dass ein beträchtlicher Teil der Antragsteller Männer und Frauen waren, die einem eher gering qualifizierten Beruf, bevorzugt im Dienstleistungssektor des Kreises, nachgingen. In den 1980er Jahren nahm der Anteil gut ausgebildeter Facharbeiter/innen gegenüber den 1970er Jahren allmählich zu. Auch der Charakter der örtlichen Intelligenz, die kaum Merkmale von Illoyalität gegenüber der Staatsmacht aufwies, wirkte sich auf die Zusammensetzung der Gruppe der Antragsteller aus: Hochschulabsolventen, Akademiker, Angestellte in kulturellen und wissenschaftli-

18 Vgl. Schumann u. a.: Private Wege der Wiedervereinigung. Siehe auch die Diskussion um den politischen Flüchtling, der »immer auch ein Kampf um den Begriff des Politischen und damit letztlich um das eigene Selbstverständnis« war. Ackermann: Der »echte« Flüchtling (Klappentext).

19 Auf der 69. Sitzung der Enquete-Kommission 1994 wurden verschiedene Vorträge zu den Motiven und Hintergründen von Flucht und Ausreise gehalten; Zeitzeugen schilderten ihre Erlebnisse und Erfahrungen. Vgl. Enquete-Kommission. Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland. Bd. VII/1, Widerstand. Opposition. Revolution. Frankfurt/M. 1995, S. 315–449. Vor allem Bernd Eisenfeld hat sich intensiv mit dem Thema beschäftigt, auf seine Forschungsergebnisse wird hier wiederholt zurückgegriffen.

chen Bereichen oder aus kirchlichen Kreisen waren nur minoritär vertreten. Antragsteller auf Ausreise, die oppositionellen Gruppen angehörten, gab es in Halberstadt wie wohl in den meisten anderen DDR-Kreisen nicht.

Das Bild vom Antragsteller muss darüber hinaus noch in anderer Hinsicht präzisiert werden.<sup>20</sup> Nicht der jüngere Mann war im Kreis Halberstadt der typische Antragsteller, sondern das zwischen 32 und 35 Jahre alte Ehepaar mit einem Kind. In der Mitte ihres Lebens entschieden sie sich, den Neuanfang im Westen zu wagen. Einige hatten schon als Jugendliche mit diesem Gedanken gespielt, für andere war er angesichts einer als unerträglich empfundenen gesellschaftlichen Stagnation in den 1980er Jahren erst aufgekommen. Einige hatte ihre Biografie längst zu Außenseitern der DDR-Gesellschaft gemacht, andere hatten bis dahin ein durchaus angepasstes normales Leben in der DDR geführt. Sie waren irgendwann aber an Grenzen gestoßen, für deren Erweiterung es nun eine realistische Chance gab. Mit der Methode, die Gründe, die zu einer Antragstellung geführt haben, aus der jeweils spezifischen biografischen Situation zu begreifen, waren wir aus der unbefriedigenden Lage befreit, eine Vielzahl von politischen und materiellen Gründen für Unzufriedenheiten aufzuzählen, und sie womöglich noch in ihrer Bedeutsamkeit hierarchisch zu ordnen. Die Entscheidung, die DDR auf immer zu verlassen, war ein komplexer Vorgang, den wir aus den Lebensgeschichten der Antragsteller zu rekonstruieren versuchen.

So gut wie allen Halberstädter Antragstellern war gemeinsam, dass sie ihre Entscheidung als eine persönliche Angelegenheit begriffen, die allein sie zu verantworten hätten und die nicht in die Öffentlichkeit gehörte. In dieser Sicht verquickte sich das unbedingte Befolgen der Staatsdoktrin mit dem Selbstverständnis als unpolitischem Akteur. Dieses Verständnis sowie die distanzierten Reaktionen nicht etwa nur staatsloyaler Halberstädter auf die Antragstellung ihrer Mitbürger führten die meisten »Antragsgemeinschaften« in eine Isolation. Das widerspricht den Darstellungen, die von einem großen Zusammenhalt ausgehen, gar von einem »Netzwerk« sprechen, welches Antragsteller in der DDR typischerweise ausgebreitet hätten, um sich gegen die staatlichen Repressalien wirkungsvoller schützen zu können.<sup>21</sup> Die Realität sah anders aus. Nur wenige pflegten Verbindungen untereinander und nur ein kleiner Teil von diesen bildete einen Gruppenzusammenhang. Wir haben im Kreis Halberstadt zwischen 1974 und 1989 lediglich zwei solcher Gruppen

20 In Anhang zu Richard Hilmer: Motive und Hintergründe von Flucht und Ausreise aus der DDR. In: ebenda, S. 435.

21 Vgl. Kapitel 5 in diesem Band. Diese Vorstellung durchzieht fast die gesamte Literatur zu den Antragstellern in der DDR, besonders zentral ist der Gedanke bei Manfred Gehrman entwickelt, hier als Bestandteil eines Konzeptes von der Bedeutung der Netzwerke für die deutsch-deutsche Wanderungsbewegung, welches wir in anderen Zusammenhängen teilen. Gehrman: Die Überwindung des »Eisernen Vorhangs«.

ausfindig machen können, wovon nur der Zusammenschluss am Ende der 1980er Jahre einem Netzwerk nahe kam. Diesen Halberstädtern, die mit der besonderen Härte des Regimes zu rechnen hatten, wurde im Buch ein eigener Platz eingeräumt.

Auch die sogenannten hartnäckigen Antragsteller, die nicht tatenlos auf eine Entscheidung der Abteilung Inneres warteten, erlebten Repressionen. Ihr zunehmend radikaler und politischer werdendes Auftreten gegenüber den Behörden änderte allerdings nichts am privaten Charakter ihres Anliegens. Diesen zu überwinden erreichten letztlich nur diejenigen, die den Raum der Kirche nutzten oder die Straße, um ihr Anliegen öffentlich zu machen. Der Halberstädter »Durchschnittsantragsteller« vollzog diesen Schritt nicht. Dafür geben uns sein Verhalten, seine Erfahrungen mit Freunden und Kollegen in der oft langen Wartezeit differenzierte Einblicke in das Alltagsleben einer DDR-Provinz.

Die mikrohistorische Nahaufnahme schärfte auch den Blick für die Herrschaftsmechanismen und Repressionspraktiken des Staates. Der regionale Bezug ermöglichte es, die Institutionen der Macht, die Strukturen und Akteure der Herrschaft konkret zu benennen und ihre durchaus unterschiedlichen Verhaltensweisen gegenüber den Antragstellern herauszustellen. Es bestätigte sich die enge personelle Verflechtung zwischen staatlicher Administration und geheimpolizeilicher Kontrolle: So hatten drei Viertel aller mit den Antragstellern befassten inoffiziellen Mitarbeiter der Kreisdienststelle des MfS zugleich eine höhere Funktion im Staat, in der Partei oder einer staatsnahen Organisation inne.

Das für die Antragsteller vielleicht folgenreichste Merkmal der Herrschaft im Kreis Halberstadt war der willkürliche und damit unberechenbare Umgang mit den Betroffenen. In einer Diktatur wie der DDR sind im rechtsfreien Raum getroffene, willkürliche und nicht überprüfbare Entscheidungen an der Tagesordnung gewesen. Die legendäre Eingabepaxis, in der massenweise Bittstellungen an die Obrigkeit gerichtet wurden, steht als Sinnbild für eine, an feudale Verhältnisse erinnernde, Herrschaftsstruktur.<sup>22</sup> Was jedoch die Antragsteller erlebten, ging über solche Erfahrungen weit hinaus. Weder war für sie kalkulierbar, wie sich die Abteilung Inneres verhalten würde, ob und wann sie eine Genehmigung erteilte, wer diese Entscheidung überhaupt traf und wie aufzutreten war, um die Antragstellung positiv zu beeinflussen. Noch erschloss sich ihnen, warum der eine Antragsteller »zugeführt« oder sogar verhaftet und verurteilt wurde, ein anderer dagegen trotz vergleichbar enger Westkontakte nach kurzer Wartezeit in den Westen ausreisen durfte. Wohl

22 Vgl. Zatlín: Ausgaben und Eingaben. Das Petitionsrecht und der Untergang der DDR. In: ZfG 45(1997)10, S. 902–917, sowie das Kapitel: Der erfolgreiche Ausweg über die Eingabe?, in: Hürtgen: Zwischen Disziplinierung und Partizipation, S. 284–298.

sprachen sich Erfahrungen aus dem Umgang der Staatsmacht mit den Antragstellungen herum oder wurden über Westmedien kolportiert. Da sich jedoch die Genehmigungspolitik des MfS ständig änderte, war auf solche Berichte kein Verlass.

Als besonders dramatisch erfuhren die verhafteten Halberstädter Antragsteller diese Willkür. Die meisten von ihnen begriffen ihre Lage nicht und konnten sie auch nicht begreifen, weil ihre Inhaftierung Regeln folgte, die ihnen unbekannt waren und auf die sie ohnehin keinen Einfluss hatten. Diese, nicht nur im Kreis Halberstadt verbreitete Praxis hatte maßgeblich Anteil daran, dass die Antragsteller insgesamt viel weniger rational handelnd konnten, als ihnen allgemein unterstellt wird.<sup>23</sup> Sie waren in hohem Maße Objekte von Repression durch eine unberechenbare Staatsmacht. Eine solche Einschätzung schmälert jedoch keinesfalls ihre aktive Rolle und ihr zivilcouragiertes Verhalten, das sie von der Bevölkerungsmehrheit deutlich unterschied.

Dem Projekt zu den Antragstellern im Kreis Halberstadt liegt ein Konzept von Geschichte als ergebnisoffenem, kontingentem Prozess zugrunde.<sup>24</sup> Es hängt letztlich vom Handeln der Menschen ab, auf welche Weise und in welche Richtung sich eine Gesellschaft entwickelt. Sie können durchaus und trotz der vorgefundenen Bedingungen verändernd in den Gang der Ereignisse eingreifen. Manchmal übernehmen unerwartet andere Akteure die Initiative und geben der Geschichte eine überraschende Wendung. Wenn der Verlauf der Entwicklung aber nicht eindeutig feststeht – eben offen ist – können auch die Handlungen der Menschen nicht als Vorwegnahme eines später notwendig und zwangsläufig so und nicht anders eintretenden historischen Ereignisses gedeutet werden. Der Untergang der DDR musste nicht schicksalhaft in die deutsche Einheit münden. Das hieße, die Geschichte von ihrem Ende her erklären zu wollen und auszuschließen, dass sie nicht auch anders hätte verlaufen können. Demnach konnten die Antragsteller auch nicht die frühen Akteure eines geschichtlichen Ereignisses gewesen sein, für das die Weichen endgültig erst im Januar 1990 gestellt worden sind.

Angesichts unserer Untersuchungen teilen wir auch nicht die Überlegung, dass den Antragstellern für die DDR ein »grundlegender Systemwechsel hin zu einem westlichen Gesellschaftsmodell«<sup>25</sup> vorgeschwebt habe. Weder wollten sie

23 Vgl. Gehrman: Die Überwindung des »Eisernen Vorhangs«, S. 406–428. Auch die Charakterisierung der Antragsteller als Widerständler impliziert ein solches aktives Subjektverhalten. Vgl. Eisenfeld: Die Ausreisebewegung – eine Erscheinungsform widerständigen Verhaltens. In: Poppe; Eckert; Kowalczyk (Hg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung, S. 192–223.

24 Vgl. Kosselleck: Zeitgeschichten.

25 Schroeder: Ursachen, Wirkungen und Folgen der Ausreisebewegung. In: Apelt (Hg.): Flucht, Ausreise, Freikauf, S. 46–68, hier 63. Selbst noch die Umfragen im Herbst 1989 ergaben, was auch in den Haltungen der Halberstädter Antragsteller deutlich wurde: Sie wollten eine Gesellschaft, in der die »guten Seiten« beider Systeme erhalten blieben, wovon es allerdings ihrer Erfahrung nach im Westen mehr geben würde. Ansonsten hätten sie wohl keine Ausreise angestrebt.

subjektiv mit ihrer Ausreise die deutsche Einheit beschleunigen, noch waren sie »objektiv die wesentlichen Triebkräfte« der »Wiedervereinigung Deutschlands unter bundesdeutschem Vorzeichen«. <sup>26</sup> Steigende Antragstellerzahlen und Massenfluchten hatten einen erheblichen Anteil am Sturz des Regimes im Herbst 1989. Nachdem jedoch die Grenze geöffnet war und die Mehrheiten Anfang 1990 einer schnellen Einheit zustrebten, gab es keine Antragsteller mehr, die in diesem Prozess eine »wesentliche Triebkraft« hätten sein können. Ohnehin hatten die meisten Antragsteller, auch die der 1980er Jahre, genauso wenig wie alle anderen Halberstädter angenommen, dass sich die Einheit bald und möglicherweise durch ihr Tun beschleunigt herstellen würde. Sie gehörten eher zu den Bürgern, die resignierten und angesichts der Stagnation kaum an eine Veränderung im Lande glaubten. Ihre Ausreise verstanden sie zu diesem Zeitpunkt mitnichten als einen privaten Weg der Wiedervereinigung, also quasi als individuelle Vorwegnahme eines nach 1990 massenweise von den Ostdeutschen vollzogenen Integrationsprozesses. <sup>27</sup> Sie reisten aus, weil sie unter den gegebenen Umständen nicht mehr leben und arbeiten wollten. Ihre Geschichte ist somit als Teil einer Gesellschaftsgeschichte der DDR zu schreiben und nicht als Vollstreckung der Idee von der deutschen Einheit.

Das vorliegende Buch versteht sich als ein Beitrag zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR. Dass immer mehr Menschen seit den 1970er Jahren, auch im Kreis Halberstadt, einen sogenannten rechtswidrigen Antrag auf Ausreise aus der DDR stellten, wird im Zusammenhang mit einer historisch ganz bestimmten internationalen Situation gesehen, die ihre Auswirkungen auf die DDR hatte. Die Entscheidung der Antragsteller wie auch ihr weiteres Verhalten ließen sich aus der damaligen Lebenswelt und dem Lebensgefühl in der Provinz erklären. Was die Antragsteller charakterisierte und ihre Besonderheit ausmachte, haben wir nicht im Vergleich zur Opposition herausfinden wollen, sondern in Beziehung zum Verhalten der Mehrheitsbevölkerung gesetzt. Ihre Bedeutung haben wir nicht in der Vorbereitung auf den Jahre später stattfindenden Einigungsprozess gesehen, sondern aus ihrer Rolle in der damaligen DDR erklärt. Danach ist ihr Abweichen von der herrschenden Norm, die nicht nur eine Norm der Herrschenden war, als kleiner, aber wichtiger Ausdruck dafür zu werten, dass auch in der DDR Regelverletzungen und Eigensinn möglich waren. Die Antragsteller gehörten zu einer Minderheit in der DDR, sie überschritten aus durchaus eigennützigen Gründen staatliche »Grenzziehungen« und trieben damit zugleich die Entwicklung voran. Die Antragsteller waren keine Widerständler und keine Oppositionellen, ihr von

26 Eisenfeld: Ausreiseantragsteller und Opposition in der Endphase der DDR. In: Vaterlandslose Gesellen, S. 33–44, hier 43.

27 Vgl. Schumann u. a.: Private Wege der Wiedervereinigung.

der Norm abweichendes Verhalten, ihre Devianz, jedoch war – wie immer und in jeder Gesellschaft – auch in der DDR eine »kreative Notwendigkeit für sozialen Wandel«. <sup>28</sup>

\*\*\*\*\*

Die im Text vorkommenden Antragsteller auf ständige Ausreise und andere Privatpersonen sind durchweg anonymisiert, das heißt, sie werden mit Pseudonymen genannt. Es wird darüber hinaus darauf verzichtet, Informationen wiederzugeben, die Anhaltspunkte für eine Identifizierung bilden könnten. Amtsträger und Inhaber politischer Funktionen werden dagegen mit ihren tatsächlichen Namen genannt. Das gilt auch für Gemeindepfarrer, die – im Hinblick auf ihre öffentliche Rolle – als relative Personen der Zeitgeschichte eingestuft werden.

28 Lemert: *Social Problems and the Sociology of Deviance*. In: Ders.: *Human Deviance, Social Problems, and Social Control*, 2. Aufl., Englewood Cliffs, N.J., S. 14, zit. bei: Gehrman: *Die Überwindung des »Eisernen Vorhangs«*, S. 55 f. Devianz meint hier ein von der allgemeinen Norm abweichendes Verhalten im progressiven, vorwärtsweisenden Sinn.

# 1 Der Kreis Halberstadt

## 1.1 Begegnungen 2009

Den DDR-Kreis Halberstadt, so wie er diesen Untersuchungen zugrunde liegt, gibt es heute nicht mehr. 2007 gingen die Landkreise Halberstadt, Wernigerode, Quedlinburg und die Stadt Falkenstein mit nunmehr über 240 000 Einwohnern im Landkreis Harz auf. Die »Rivalen« Wernigerode und Halberstadt sind sich auf diese Weise zumindest amtlich näher gerückt. Auf administrativer Ebene hat zwar Halberstadt das Rennen gemacht und ist Kreisstadt geworden, Wernigerode aber scheint, was Beliebtheit und Besucherzahlen betrifft, die Nase vorn zu haben. Hier floriert der Tourismus und die Einwohnerzahlen nehmen lange nicht so rasch ab wie in Halberstadt. Dort bleiben die Hotels oft leer, und lediglich Tagesausflügler kommen, um den 2008 restaurierten Dom zu besichtigen. Die nach 1990 teilweise wiederhergestellte Altstadt lockt nur wenige Urlauber, die reizvolle Harz-Landschaft beginnt erst einige Kilometer entfernt. Die Bahnhöfe im heutigen Harzkreis, die man, mit dem Regionalzug von Magdeburg kommend, auf dem Weg nach Halberstadt passiert, wirken noch 2010 wenig einladend. Kaum etwas wurde neu gestaltet.

Wo wir bei unserem ersten Besuch in Halberstadt Einheimischen begegneten, im Zug, am Abend in der Gaststätte, im Hotel, in den Bibliotheken und Archiven, erzählten wir von unserem Projekt: Zunächst in der Hoffnung, auf diese Weise Hinweise oder Kontakte zu ehemaligen »ASTA«, wie die Staatssicherheit in den letzten Jahren die »Antragsteller auf ständige Ausreise« aus der DDR im Bürokratendeutsch nannte, zu erhalten; dann vor allem mit zunehmendem Interesse an den Reaktionen der Befragten. Die ersten Antworten auf die Frage, ob man in seinem Bekanntenkreis einen Antragsteller kenne, waren unerwartet zurückhaltend bis ablehnend ausgefallen: Man kenne keinen, es interessiere auch nicht besonders. Ja, die Ausreiser. Man erinnere sich dunkel. Das klang nicht besonders entgegenkommend. Waren wir auf lauter Halberstädter Sympathisanten des DDR-Regimes und ehemalige SED-Genossen getroffen? Es stellte sich schnell heraus, dass der »normale Durchschnittsbürger« so antwortete, als hätte er wenig Neigung, sich positiv an seine aufmüpfigen oder doch wenigstens unangepassten Mitbürger zu erinnern. Auf dieses erstaunlich distanzierte Verhältnis der Halberstädter zu den Antragstellern sollten wir wiederholt stoßen. »So was gab's bei uns nicht, bei uns war alles ruhig«, antwortet mir eine Mitarbeiterin vom Stadttheater Halberstadt rasch,



als ich sie am Telefon danach frage, ob sie – die seit den 1970er Jahren am Theater tätig war – jemanden nennen könne, der einen Ausreiseantrag gestellt hatte. Inzwischen weiß ich aus den Akten, dass ihre Antwort nicht der Wahrheit entspricht.

Es begann uns zu interessieren, ob wir hier einem allgemeinen Phänomen im Umgang der DDR-Bevölkerung mit »ihren Ausreisern« auf die Spur gekommen waren. Verweist uns diese eigentümliche Amnesie der Halberstädter auf den isolierten, ohne jede Öffentlichkeit verlaufenden Charakter der Antragstellung? Konnten die Mitbürger damals tatsächlich nicht gewusst haben, wer einen Antrag gestellt hat? Oder fand hier statt, was in allen Gesellschaften, auch der DDR, zur Stabilität der herrschenden Verhältnisse beiträgt: man distanziert sich von den Störenfrieden, den Aufmüpfigen, den Spielregelverletzern? Und wie viel Anteil hat die Geschichte, hat das Gewordensein in dieser Region, am Verhältnis zwischen den Antragstellern und der Mehrheitsbevölkerung im Kreis Halberstadt?

Als wir 2009 unsere ersten Gespräche in Halberstadt führten, lag ein Ereignis fast zwei Jahre zurück, das republikweit Schlagzeilen gemacht hatte. Eine Gruppe von Schauspielern des Halberstädter Theaters war von rechten Jugendlichen zusammengeschlagen worden.<sup>1</sup> Einige Jahre zuvor, erfuhren wir, gab es heftige Angriffe von ebenfalls rechten Jugendgruppen gegen einen 1991 gegründeten Jugendtreff in der Altstadt, die »ZORA«. Auf unsere Nachfragen, diese Vorkommnisse betreffend, reagierten die Gesprächspartner unisono verärgert darüber, dass »man so aufeinander losgegangen sei« und keine Ruhe gegeben habe. Politische Polarisierungen sind vielen Halberstädtern offensichtlich fremd und sich zu positionieren und einzugreifen ist wenig verbreitet. Wie war das alles entstanden, was hatte die Halberstädter Bevölkerung, wie es scheint, mehrheitlich so werden lassen?

## 1.2 Von der Domstadt zur Ruinenstadt

Halberstadt, erstmals im Jahr 804 urkundlich erwähnt, war Bischofssitz und eine Domstadt mit vielen prächtigen Kirchen. Dank ihrer verkehrsgünstigen Lage in der Mitte Deutschlands war sie jahrhundertlang ein ökonomisches, kulturelles und Verwaltungszentrum. Seit dem 19. Jahrhundert entwickelte sich ein lebhafter bürgerlicher Unternehmergeist in der Stadt. »Fachwerk, Barock, schiefwinklige Ställe, Innenhöfe. 42 000 Einwohner hatte die Stadt um 1900, die Bilder signalisieren Wohlstand, vor allem Emsigkeit, Geschäfte überall, Märkte, Markisen vor den Läden. Die Conditorei Kaiserhof am

<sup>1</sup> Vgl. Berliner Zeitung v. 17.9.2001, S. 26; Berliner Zeitung v. 10.10.2007, S. 3; Berliner Zeitung v. 7.7.2009, S. 9 (Neuer Prozess wegen Überfalls in Halberstadt).

Fischmarkt bediente die Kundschaft unter Sonnenschirmen auf einer Terrasse im ersten Stock. Ab 1887 gab es eine Pferdebahn, abgelöst 1903 von der Elektrischen. Seit 1888 konnten die Halberstädter telefonieren.«<sup>2</sup>

So beginnt Wibke Bruhns Geschichte einer deutschen Familie, der Klamroths. Die angesehene Kaufmannsfamilie war Teil und Repräsentant der bürgerlichen Elite in Halberstadt, die preußisch-fleißig, streng und tugendsam, deutsch-national war und mit dieser Gesinnung eine erstaunlich eifrige Bereitschaft zeigte, sich dem Nationalsozialismus Hitlers anzudienen. Nicht die eher sozialdemokratisch oder kommunistisch gesinnten Arbeiter Halberstadts, sondern die »Crème de la Crème« der Gesellschaft, wie Wibke Bruhns es nennt, jubelte Hitler und seiner Partei schon sehr früh auf dem Domplatz zu.<sup>3</sup> Sie ist es auch gewesen, die sich eifertig der Prüfung arischer Ahnenabstammung stellte und der Zerstörung der großen jüdischen Gemeinde Halberstadts tatenlos zusah. Die bürgerlichen jüdischen Unternehmer, mehrheitlich orthodoxe Juden, galten ohnehin als lästige Konkurrenten, sodass ihre Vertreibung und Vernichtung für die protestantischen Unternehmer durchaus Vorteile für das eigene Geschäft nach sich zogen.

Neben dem protestantisch-bürgerlichen Unternehmergeist prägte zudem das Militärische den Alltag der Stadt. Von 1623 bis 1994 war Halberstadt fast durchgehend Garnisonsstadt. Über 300 Jahre lang waren hier die Truppen der jeweiligen Herrscher stationiert, Kasernen und militärische Übungsplätze umlagerten die Stadt, Militärkapellen spielten sonntags auf dem Holzmarkt auf und Soldaten und Offiziere prägten im Wechsel der Zeiten das Straßenbild der Kleinstadt.<sup>4</sup> Insbesondere war Halberstadt eine bedeutende Fliegerstadt, wie Chronisten heute noch betonen.<sup>5</sup> Nach dem Ersten Weltkrieg wurden den Halberstädter Flugzeugwerken zwar die Kriegsproduktion und die Ausbildung an der Fliegerschule verboten, aber bereits 1934 war beides wieder in vollem Gang.<sup>6</sup> Im Zweiten Weltkrieg traf die Wehrmacht dann Vorbereitungen, die Geschützrohrfertigung und die Produktion der berühmten »V 2«-Raketen in unterirdische Stollen der umliegenden Hoppelberge zu verlagern. Zwischen Halberstadt und Blankenburg wurde ein Außenlager des KZ Buchenwald errichtet, das KZ Langenstein-Zwieberge, in dem zwischen April 1944 und 1945 mehr als 7 000 Häftlinge inhaftiert waren. Darunter waren auch Häft-

2 Bruhns: *Meines Vaters Land*, S. 25. Vgl. auch Hartmann (Hg.): *Halberstadt*.

3 Bruhns: *Meines Vaters Land*, S. 248 f.

4 Mahlke: *Fips-Auge, der Flug zum Nordpol und ein blutendes Herz*. In: Toschner (Hg.): *Aus meiner Feder*, S. 230.

5 *Fliegergeschichten* gibt es auch in dem Erinnerungsbuch. In: ebenda, S. 121–125.

6 Hartmann (Hg.): *Halberstadt*, S. 41–46.

# Vandenhoeck & Ruprecht

## Analysen und Dokumente

Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des  
Staatsicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)

Band 36

Am Beispiel der »Antragsteller auf ständige Ausreise« im Kreis Halberstadt entwirft Renate Hürtgen ein anschauliches Bild der Gesellschaft und des Herrschaftsalltags in der DDR der Honecker-Ära. Sie betrachtet sowohl die Herrschaftspraxis im regionalen »Mikrokosmos der Macht« und den Umgang der lokalen Funktionäre mit den Antragstellern als auch die »Ausreiser« selbst, ihre Herkunft, Sozialisation und kulturellen Prägungen. Dabei zeigt sich, dass unter den Antragstellern häufig gerade jene waren, die bis dahin ein durchaus angepasstes Leben geführt hatten, dessen Grenzen sie nun nicht mehr ertragen wollten.

### Die Autorin

Dr. Renate Hürtgen arbeitete bis 2012 am Zentrum für Zeit-historische Forschung Potsdam als Historikerin zu Themen der DDR-Geschichte.

ISBN: 978-3-525-35078-2



9 783525 350782

[www.v-r.de](http://www.v-r.de)